

Ewald Walterskirchen

## Export als Konjunkturmotor

### Prognose für 2004 und 2005

**Die europäische Wirtschaft wurde heuer von der Verbesserung der Weltwirtschaft erfasst. Die hohe Dynamik der Exporte hatte eine kräftige Steigerung der Sachgüterproduktion zur Folge. In Österreich wie im Euro-Raum wird das Wachstum des BIP heuer real 1,9% erreichen. Im Jahr 2005 wird die Zunahme des Welthandels an Schwung verlieren, in Europa dürfte jedoch die Inlandsnachfrage stärker zum Wachstum beitragen. Die zuletzt stark steigenden Rohölpreise bilden jedoch ein Risiko für den weiteren Konjunkturverlauf.**

Die Konjunkturprognose entsteht jeweils in Zusammenarbeit aller Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des WIFO. • Abgeschlossen am 29. September 2004.  
• E-Mail-Adresse: [Ewald.Walterskirchen@wifo.ac.at](mailto:Ewald.Walterskirchen@wifo.ac.at)

Die Konjunkturerholung hat sich im 1. Halbjahr beschleunigt. Dank der Belebung der Weltwirtschaft und der Stabilisierung des Euro-Kurses nahmen die Exporte kräftig zu. Die Wirtschaft wird deshalb heuer in Österreich – ebenso wie im Euro-Raum – um 1,9% wachsen. Im Jahr 2005 wird die Expansion wegen der Effekte der Steuerreform mit +2,5% höher sein als im Euro-Raum. Dabei wird angenommen, dass sich die Nachfrage zunehmend vom Export zu Investitionen und Konsum verlagert. Die Impulse von der Weltwirtschaft (insbesondere aus den USA) werden im nächsten Jahr nachlassen. Risiken für den weiteren Konjunkturverlauf gehen vor allem vom weiteren Anstieg der Erdölpreise und einer möglichen unzureichenden Übertragung des Exportbooms auf die Investitions- und Konsumnachfrage aus.

Die Ausfuhr ist die einzige Stütze der verbesserten Wirtschaftslage, sie wächst heuer real um 8¼%. Dabei profitiert die österreichische Exportwirtschaft insbesondere von den engen Zulieferbeziehungen zu deutschen Unternehmen. Mittelfristig hat sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der Sachgüterproduktion deutlich verbessert. Dies erleichtert es den Unternehmen, in der Weltwirtschaft ihre Chancen zu nutzen. Die Wertschöpfung der Sachgütererzeugung steigt 2004 real um 4½%, gut doppelt so rasch wie jene der Gesamtwirtschaft. Im kommenden Jahr wird sich die Exportzunahme parallel zur Expansion des Welthandels abschwächen. Das Wirtschaftswachstum muss sich dann stärker auf die Inlandsnachfrage stützen.

Die Aufwärtstendenz der Exporte und der Kapazitätsauslastung sollte gemeinsam mit einer Steigerung der Gewinne die Investitionskonjunktur in Gang bringen. Der WIFO-Investitionstest deutet darauf hin, die verfügbaren Investitionsdaten für das 1. Halbjahr lassen ein Anspringen der Investitionstätigkeit jedoch noch nicht erkennen (abgesehen von aus steuerlichen Gründen vorgezogenen Fahrzeuginvestitionen). 2003 waren die Bauinvestitionen eine wichtige Stütze der Konjunktur. Dazu trug neben den öffentlichen Tiefbauprogrammen auch die beschleunigte Abwicklung von Bauprojekten vor dem Auslaufen der vorzeitigen Abschreibung Ende 2003 bei. Nach diesem Effekt nehmen die Bauinvestitionen heuer nur sehr mäßig und weniger als erwartet zu.

Der private Konsum wächst im Jahr 2004 mit +1½% wesentlich langsamer als im längerfristigen Durchschnitt. Einerseits wird die Realeinkommensentwicklung durch die Energieverteuerung gebremst, andererseits geht die Sparquote der privaten Haushalte trotz des "Zwangskonsums" teurer Energie nicht zurück. Der anhaltende Anstieg der Rohölpreise macht eine Revision der Inflationsprognose notwendig: Die Teue-

rungsrate wird 2004 2,1% erreichen und im nächsten Jahr nur geringfügig sinken. Die Energieverteuerung trägt heuer 0,3 Prozentpunkte zum Preisauftrieb bei. 2004 nehmen die Realeinkommen je Arbeitnehmer kaum zu. Im Jahr 2005 bringt jedoch die Senkung der Lohn- und Einkommensteuer eine merkliche Erhöhung der Nettoeinkommen. Darüber hinaus trägt die erwartete deutliche Beschäftigungsausweitung zum Anstieg der verfügbaren Einkommen bei. Die Steigerung des privaten Konsums dürfte deshalb 2005 mit +2,5% dem mittelfristigen Trend nahe kommen.

Übersicht 1: Hauptergebnisse der Prognose

		2000	2001	2002	2003	2004	2005
		Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Bruttoinlandsprodukt							
Real		+ 3,4	+ 0,8	+ 1,4	+ 0,7	+ 1,9	+ 2,5
Nominell		+ 4,9	+ 2,8	+ 2,7	+ 2,6	+ 3,3	+ 4,3
Sachgütererzeugung <sup>1)</sup> , real		+ 6,4	+ 1,5	+ 0,5	- 0,2	+ 4,5	+ 4,0
Handel, real		+ 3,7	- 0,0	+ 1,2	+ 1,3	+ 1,3	+ 2,5
Private Konsumausgaben, real		+ 3,3	+ 1,4	+ 0,8	+ 1,3	+ 1,6	+ 2,5
Bruttoanlageinvestitionen, real		+ 6,2	- 2,3	- 2,8	+ 5,3	+ 2,2	+ 3,5
Ausrüstungen <sup>2)</sup>		+ 11,8	- 2,1	- 5,2	+ 7,7	+ 4,0	+ 5,5
Bauten		+ 1,9	- 2,5	- 0,7	+ 3,3	+ 0,7	+ 1,7
Warenexporte <sup>3)</sup>							
Real		+ 13,1	+ 7,5	+ 5,2	+ 2,7	+ 8,3	+ 6,8
Nominell		+ 15,6	+ 6,5	+ 4,2	+ 1,9	+ 9,5	+ 7,5
Warenimporte <sup>3)</sup>							
Real		+ 10,9	+ 5,7	+ 0,8	+ 6,3	+ 5,3	+ 7,1
Nominell		+ 14,7	+ 5,0	- 2,0	+ 5,0	+ 7,5	+ 7,8
Leistungsbilanzsaldo	Mrd. €	- 5,36	- 4,13	+ 0,36	- 2,04	- 1,62	- 1,92
	in % des BIP	- 2,6	- 1,9	+ 0,2	- 0,9	- 0,7	- 0,8
Sekundärmarktrendite <sup>4)</sup>	in %	5,6	5,1	5,0	4,2	4,2	4,3
Verbraucherpreise		+ 2,3	+ 2,7	+ 1,8	+ 1,3	+ 2,1	+ 2,0
Arbeitslosenquote							
In % der Erwerbspersonen (Eurostat) <sup>5)</sup>		3,7	3,6	4,2	4,1	4,2	4,1
In % der unselbständigen Erwerbspersonen <sup>6)</sup>		5,8	6,1	6,9	7,0	7,1	6,9
Unselbständig aktiv Beschäftigte <sup>7)</sup>		+ 0,9	+ 0,4	- 0,5	+ 0,2	+ 0,6	+ 0,9
Finanzierungssaldo des Staates (laut Maastricht-Definition)	in % des BIP	- 1,5	+ 0,3	- 0,2	- 1,1	- 1,3	- 1,9

<sup>1)</sup> Nettoproduktionswert, einschließlich Bergbau. – <sup>2)</sup> Einschließlich sonstiger Anlagen. – <sup>3)</sup> Laut Statistik Austria. – <sup>4)</sup> Bundesanleihen mit einer Laufzeit von zehn Jahren (Benchmark). – <sup>5)</sup> Labour Force Survey. – <sup>6)</sup> Laut Arbeitsmarktservice. – <sup>7)</sup> Ohne Bezug von Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeld, ohne Präsenzdienst, ohne in der Beschäftigungsstatistik erfasste arbeitslose Schulungsteilnehmer.

Die Beschäftigung reagierte bereits auf die Konjunkturverbesserung. Heuer steigt die Zahl der unselbständig aktiv Beschäftigten um 17.500 und 2005 um 28.000. Zunehmend werden auch neue Vollzeit Arbeitsplätze geschaffen. Die Zahl der Arbeitslosen erhöht sich 2004 noch um 4.000 auf 244.000 und nimmt 2005 im selben Ausmaß ab. Das Angebot an Arbeitskräften wird auch 2005 kräftig steigen, der Zustrom von ausländischen Arbeitskräften auf den Arbeitsmarkt bleibt hoch.

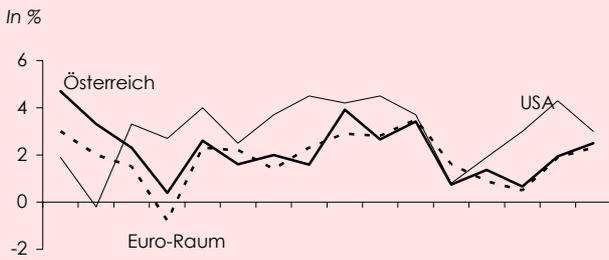
Das Maastricht-Defizit der öffentlichen Haushalte fällt heuer mit 1,3% des BIP deutlich höher aus als erwartet. Hohe Ausfälle an Einkommen- und Körperschaftsteuer sind infolge der Investitionszuwachsprämie zu erwarten. Die Mindereinnahmen an Mehrwertsteuer dürften in der zweiten Jahreshälfte geringer ausfallen, da im Vorjahresvergleich mit einem kräftigen Konsumzuwachs zu rechnen ist. Die Anhebung der Wachstumsprognose berührt die prognostizierten Einnahmen des Staates kaum, da sie sich auf den Export beschränkt. Im kommenden Jahr wird das Defizit des Staatshaushaltes etwas unter der 2%-Marke liegen, wenn die umfangreiche Senkung der Körperschaft- und Einkommensteuer durch Einmalmaßnahmen teilweise ausgeglichen werden kann.

## Expansion der Weltwirtschaft verliert an Dynamik

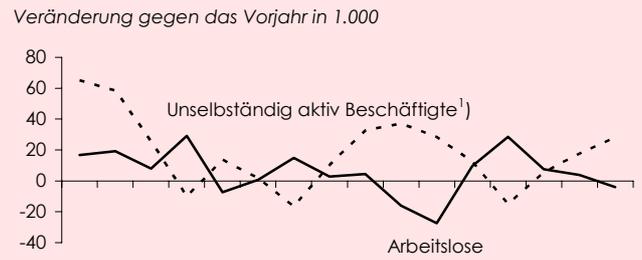
Die Konjunktur hat in den USA und in Asien bereits eine Dynamik erreicht, wie sie in früheren Konjunkturzyklen üblich war, und treibt die Weltwirtschaft an. Das Wachstum des Welthandels wird heuer 8½% erreichen und sich 2005 nur mäßig abschwächen. Diese hohe Dynamik strahlt auch auf die Wirtschaft jener exportorientierten Länder aus, deren Entwicklung in den letzten Jahren durch eine hartnäckige Stagnation der Inlandsnachfrage gedrückt war (Japan, Deutschland).

Abbildung 1: Indikatoren der Wirtschaftsentwicklung und der Wirtschaftspolitik

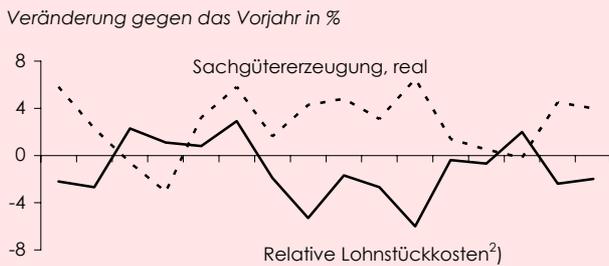
Wirtschaftswachstum



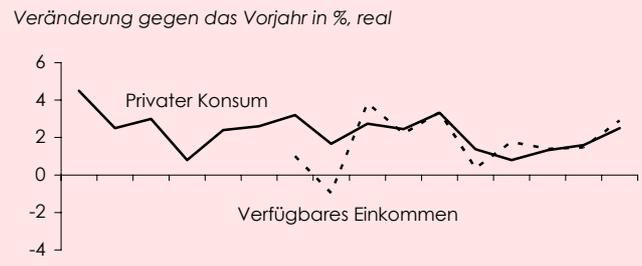
Beschäftigung und Arbeitslosigkeit



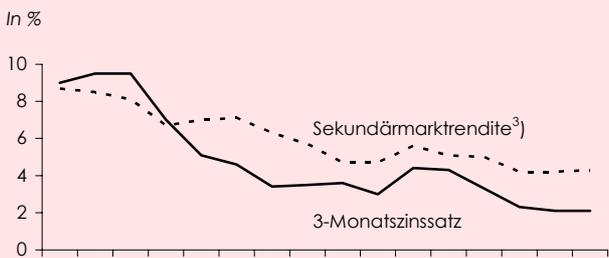
Wettbewerbsfähigkeit und Produktion



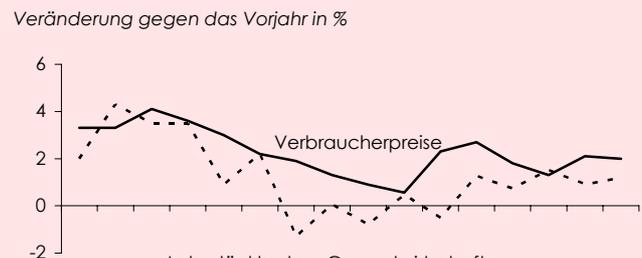
Konsum und Einkommen privater Haushalte



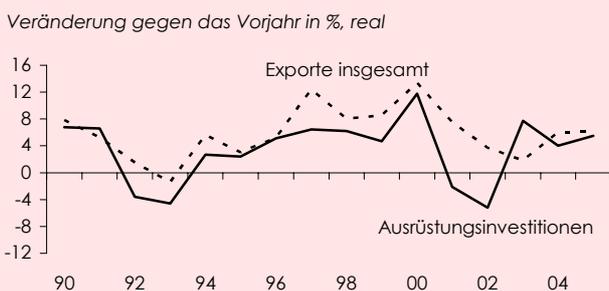
Kurz- und langfristige Zinssätze



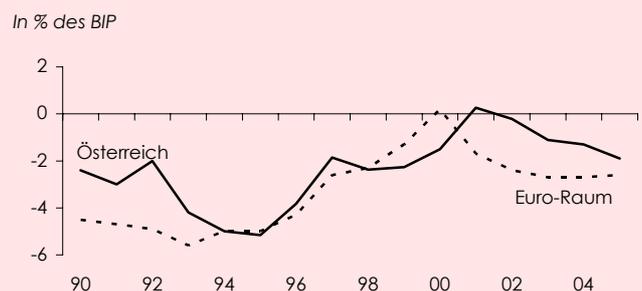
Preise und Lohnstückkosten



Export und Investitionen



Finanzierungssaldo des Staates



1) Ohne Bezug von Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeld, ohne Präsenzdienst, ohne in der Beschäftigungsstatistik erfasste arbeitslose Schulungsteilnehmer. – 2) In der Sachgütererzeugung, gegenüber den Handelspartnern, in einheitlicher Währung. – 3) Bundesanleihen mit einer Laufzeit von 10 Jahren (Benchmark).

Heuer wächst die Wirtschaft der USA um mehr als 4%. Die kräftige Ausweitung der Investitionen zeigt die Tragfähigkeit des Aufschwungs. Die privaten Konsumausgaben haben jedoch in den letzten Monaten überzogene Erwartungen enttäuscht. Das Nachlassen der Impulse von den Aktien- und Immobilienmärkten lenkt den Konsum in ruhigere Bahnen. Im Jahr 2005 dürfte sich das Wirtschaftswachstum auf 3% abschwächen. Während die Effekte der massiven fiskalischen Expansionsmaßnahmen auslaufen, wird nach den Präsidentschaftswahlen der Druck zur Budgetkonsoli-

dierung groß sein. Die zu erwartenden Konsolidierungsschritte werden kurzfristig restriktiv wirken.

Trotz der kräftigen Weltkonjunktur bleibt die Stimmung an den Börsen flau, der anhaltend hohe Rohölpreis nährt die Unsicherheit. Von den Aktienmärkten gehen derzeit somit keine positiven Impulse auf das Wirtschaftswachstum aus. Der sprunghafte Anstieg der Immobilienpreise in den letzten Jahren beflügelte den privaten Konsum in den USA ebenso wie in Großbritannien und Skandinavien. Derzeit bilden die hohen Immobilienpreise jedoch ein Risiko für die weitere Entwicklung.

Übersicht 2: Annahmen über die internationale Konjunktur

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	
	Veränderung gegen das Vorjahr in %						
Bruttoinlandsprodukt, real							
OECD insgesamt	+ 3,9	+ 1,0	+ 1,8	+ 2,1	+ 3,3	+ 2,7	
USA	+ 3,7	+ 0,8	+ 1,9	+ 3,0	+ 4,3	+ 3,0	
Japan	+ 2,8	+ 0,4	- 0,3	+ 2,5	+ 3,5	+ 2,8	
EU 25	+ 3,6	+ 1,7	+ 1,1	+ 0,9	+ 2,3	+ 2,5	
EU 15	+ 3,6	+ 1,7	+ 1,0	+ 0,8	+ 2,2	+ 2,4	
Euro-Raum	+ 3,5	+ 1,6	+ 0,9	+ 0,5	+ 1,9	+ 2,3	
Deutschland	+ 2,9	+ 0,8	+ 0,2	- 0,1	+ 1,7	+ 1,8	
Neue Mitgliedsländer <sup>1)</sup>	+ 4,1	+ 2,5	+ 2,4	+ 3,6	+ 4,0	+ 4,3	
China	+ 8,0	+ 7,3	+ 8,0	+ 9,1	+ 9,0	+ 8,0	
Welthandel, real	+ 12,4	+ 0,3	+ 3,3	+ 4,1	+ 8,5	+ 7,0	
Marktwachstum Österreichs <sup>2)</sup>	+ 12,0	+ 2,4	+ 1,8	+ 4,4	+ 7,0	+ 6,5	
Weltmarkt-Rohstoffpreise <sup>3)</sup>							
Insgesamt	+ 51	- 8	- 5	- 4	+ 16	+ 7	
Ohne Rohöl	+ 19	- 3	- 6	- 6	+ 12	+ 10	
Erdölpreis <sup>4)</sup>	\$ je Barrel	28,0	23,6	24,1	28,4	36,0	38,0
Wechselkurs	\$ je Euro	0,924	0,896	0,945	1,131	1,23	1,23

<sup>1)</sup> Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn, Zypern. – <sup>2)</sup> Veränderungsrate der realen Importe der Partnerländer gewichtet mit österreichischen Exportanteilen. – <sup>3)</sup> HWWA-Index, Euro-Basis. – <sup>4)</sup> Durchschnittlicher Importpreis der OECD (cif).

Im Sog der lebhaften Importnachfrage Chinas und der USA befindet sich die japanische Wirtschaft deutlich im Aufwind. Das reale Bruttoinlandsprodukt wächst heuer um 3½%. Die Gefahr eines raschen Verebbens der Erholung scheint weitgehend gebannt, wenngleich die Konjunkturdaten zeitweilig schwanken – der Exportboom überträgt sich auf Investitionen und Konsum. Für 2005 ist in Japan eine Verlangsamung des Wachstums unter die 3%-Marke zu erwarten. Viel rascher wächst die Wirtschaft in China, Indien und den "Tigerstaaten". China genießt heute als Markt mit 1,3 Mrd. Konsumenten hohe Attraktivität für internationale Investoren. 2004 wächst die chinesische Wirtschaft um 9%, eine spürbare Abkühlung ist nicht in Sicht, obwohl die chinesische Regierung ein Abflauen des Booms anstrebt.

## Hoher Rohölpreis als Risikofaktor

Das rasche Wachstum der Weltwirtschaft, Lieferunsicherheiten in einigen erdölproduzierenden Ländern und Spekulation ließen die Rohstoff- und Energiepreise kräftig anziehen. Auf Dollarbasis steigen die Weltmarktnotierungen für Rohstoffe heuer um rund ein Viertel. Die Erdölpreise liegen im Jahresdurchschnitt 2004 bei 36 \$ je Fass, um rund ein Drittel über dem Vorjahresniveau. Das Wirtschaftswachstum in den Industrieländern dürfte durch diese Entwicklung zwar gedämpft werden, der Konjunkturaufschwung sollte aber nicht abbrechen. Der "Pass-through" der Rohölverteuerung auf Industriepreise und Inflation ist bisher relativ gering, der Energieeinsatz ist in den letzten Jahrzehnten effizienter geworden.

Gemäß den Modellrechnungen der OECD verlangsamt ein Anstieg der Rohölpreise um 10 \$ je Barrel das Wirtschaftswachstum in den Industrieländern um 0,4 Prozentpunkte. In der EU liegt dieser Effekt bei 0,5 Prozentpunkten, in den USA ist er wegen der höheren Eigenproduktion, in Japan wegen der geringen Energieintensität etwas kleiner. Das National Institute of Economic and Social Research weist darauf hin, dass die Auswirkungen der Rohölverteuerung auch von den Reaktionen der Politik abhängen. Ein Anstieg der Rohölpreise bedeutet eine Veränderung der Terms-of-Trade (Relation von Export- zu Importpreisen) und eine Umverteilung der Einkommen von den erdölimportierenden zu den erdölexportierenden Ländern. Je rascher die

Rohölproduzenten die zusätzlichen Einnahmen zur Ausweitung ihrer Importe verwenden, umso geringer fallen die negativen Auswirkungen für die Industrieländer aus.

Der Rohölpreis enthält heute eine hohe Risikoprämie, die vor allem auf die Unsicherheiten im Nahen Osten, in Nigeria, Venezuela und Russland zurückzuführen ist. Die Prognose der Erdölpreise ist somit wesentlich von politischen Faktoren abhängig und deshalb besonders unsicher. Darüber hinaus spielt Spekulation eine zunehmende Rolle. In der WIFO-Prognose wird für 2005 ein Rohölpreis von 38 \$ als technische Annahme unterstellt. Eine stärkere Erdölverteuerung würde entsprechend den oben angeführten Modellrechnungen das Wirtschaftswachstum dämpfen.

Angesichts der dynamischen Wirtschaftsentwicklung setzte die Notenbank der USA die behutsame Anhebung der Leitzinsen fort. Im September erhöhte sie den Referenzzinssatz zum dritten Mal seit Ende Juni um 25 Basispunkte auf nunmehr 1,75%. Die Fed bekräftigte, die Geldpolitik auch künftig maßvoll straffen zu wollen, um Inflationsgefahren vorzubeugen. Diese Risiken sind nicht besonders ausgeprägt, weil sich das Wachstum beruhigen wird.

Die Europäische Zentralbank verfolgt eine Politik der "ruhigen Hand". Sie hat den Basiszinssatz seit Juni 2003 nicht verändert. Die EZB dürfte auch im kommenden Jahr vorsichtig agieren und den Zinssatz auf niedrigem Niveau halten. WIFO-Analysen zeigen, dass die Geldpolitik der USA gewöhnlich ohne Verzögerung der Taylor-Regel folgt (Inflations- und Wachstumsziel), die EZB-Politik dagegen mit einem Lag von einem Jahr. Das spricht im kommenden Jahr für ein stabiles Zinsniveau im Euro-Raum. Die Inflationsgefahr ist wegen der verhaltenen Konjunkturerholung und der weiterhin hohen Arbeitslosigkeit im Euro-Raum gering. Dies setzt allerdings voraus, dass die Rohölpreise nicht stärker steigen als prognostiziert. Ein weiterer Grund für anhaltend niedrige Zinssätze im Euro-Raum liegt darin, dass sich die Geldmengenentwicklung in den letzten Monaten dem von der EZB festgelegten Referenzwert näherte. Die Überschussliquidität, die durch die niedrigen Geldmarktzinssätze verursacht wird, dürfte allmählich abgebaut werden.

Die langfristigen Zinssätze haben trotz der Leitzinssatzanhebung in den USA noch leicht sinkende Tendenz. Sie bewegen sich in einer engen Bandbreite um gut 4%. Die zur Anlage drängenden Gelder der erdölproduzierenden Länder aus der Rohölverteuerung könnten zur Stabilität der langfristigen Zinssätze beitragen. Die WIFO-Prognose geht davon aus, dass die langfristigen Zinssätze im kommenden Jahr nur geringfügig steigen.

Der regen internationalen Nachfrage verdankt die europäische Wirtschaft den entscheidenden Konjunkturimpuls. Im 1. Halbjahr nahmen die Warenexporte kräftiger zu als erwartet. Die BIP-Wachstumsprognose für den Euro-Raum wird deshalb von 1,7% auf 1,9% angehoben. Im Jahr 2005 ist mit einem Wirtschaftswachstum von 2,3% zu rechnen. Erwartet wird eine kontinuierliche, aber verhaltene Aufwärtsbewegung. Dabei sollte sich der Exportboom über die Steigerung der Einkommen auf die Investitions- und Konsumbereitschaft übertragen. Je länger die Exporte sich dynamisch entwickeln, umso eher werden die Investitionen durch die steigende Kapazitätsauslastung angeregt. Die durch die Investitionen geschaffenen zusätzlichen Einkommen sollten dann auch den privaten Konsum stimulieren. Dieser Prozess könnte jedoch durch die Rohölverteuerung und die Unsicherheiten infolge der Sozialreformen gebremst werden.

Die entscheidenden Konjunkturimpulse sollten sich 2005 von der Export- zur Binnenfrage verschieben. Ein Nachlassen der Dynamik in den USA und in Japan würde dann keine Wachstumsabschwächung in Europa auslösen. Die Unsicherheiten bei der Übertragung des Exportbooms in eine Ausweitung der Investitions- und Konsumnachfrage mahnen jedoch zur Vorsicht bezüglich der Wachstumsprognose. Inflationsgefahren aufgrund eines zu geringen Wachstums des Potential Output bilden

---

**Zinssätze bleiben  
niedrig**

---

**Verlagerung von  
der Export- zur  
Inlandsnachfrage im  
Euro-Raum**

derzeit angesichts des massiven Arbeitskräfteüberschusses in Europa nicht das zentrale Problem.

## Exportkonjunktur in Deutschland

Die deutsche Exportindustrie profitiert mit einer gewissen Verzögerung vom Boom der Weltwirtschaft. Die Ausfuhr zog im 1. Halbjahr kräftig an und ermöglichte ein überraschend starkes Wirtschaftswachstum. Die Exportchancen lassen erwarten, dass sich die Wachstumsrate in Deutschland 2004 und 2005 auf 1¼% erhöht. Die Schwäche von Bauinvestitionen und privatem Konsum bremst die Konjunkturerholung. Wegen des verbreiteten Vorsichtsparens entwickelt sich der Einzelhandel in Deutschland deutlich ungünstiger als im EU-Durchschnitt. Im Gegensatz zu den meisten anderen EU-Ländern hat die Sparquote der privaten Haushalte steigende Tendenz. Die anhaltend schlechte Arbeitsmarktlage und die Verunsicherung durch den Umbau der sozialen Sicherungssysteme dämpfen die Kauflust. Andererseits würde eine merkliche Verbesserung der Arbeitsmarkt- und auch der Budgetsituation in Deutschland eine deutlichere Beschleunigung des Wirtschaftswachstums erfordern.

Die Einschätzung des weiteren Konjunkturverlaufs in Deutschland ist umstritten, die Prognosen der Forschungsinstitute divergieren stark: Das Kieler Institut für Weltwirtschaft rechnet etwa für 2005 mit einem Wirtschaftswachstum von nur 1,2%, weil die Weltkonjunktur ihren Höhepunkt bereits überschritten habe, der Arbeitstageffekt sich umkehre und der Potential Output nur um 1% steige.

Laut ifo-Unternehmensumfragen wird die aktuelle Geschäftslage weitgehend unverändert eingeschätzt, die Erwartungen für die nächsten sechs Monate wurden jedoch nach unten korrigiert. Der ZEW-Indikator sinkt seit einigen Monaten, allerdings könnten hier die befragten Finanzmanager ihren Unmut über die flauere Entwicklung an den Börsen zum Ausdruck bringen.

## Konjunktur erholt sich in Österreich weiter

Die heimische Konjunktur hat sich seit dem Frühjahr deutlich belebt. Das reale Bruttoinlandsprodukt stieg im II. Quartal saisonbereinigt stark (+0,9% nach +0,4% im I. Quartal) und übertraf das Vorjahresniveau um 1,9% (nach +0,8%). Im Jahr 2004 wird die österreichische Wirtschaft mit +1,9% ebenso rasch wachsen wie der Durchschnitt des Euro-Raums. Hohe Exportaufträge bewirken einen kräftigen Anstieg der Sachgütererzeugung (+4½%). Der Zuwachs der Bauproduktion fällt jedoch deutlich schwächer aus als erwartet, sodass die BIP-Wachstumsprognose für 2004 nur mäßig von 1,7% auf 1,9% angehoben wird.

Die Konjunkturerholung bleibt im Vergleich mit früheren Zyklen verhalten. Hohe Rohölpreise und eine vorsichtige Disposition der Konsumenten bremsen die Aufwärtstendenz. Auch der WIFO-Konjunkturtest deutet nicht auf einen stürmischen Aufschwung, sondern auf eine kontinuierliche Aufwärtsbewegung hin. Im nächsten Jahr wird für Österreich ein Wirtschaftswachstum von 2½% erwartet. Es wird jenes im Euro-Raum infolge der Effekte der Steuerreform übertreffen. Das Wachstum ist heuer exportgetragen, 2005 sollte sich der Schwerpunkt von der Auslands- zur Inlandsnachfrage verlagern.

Die vorliegende Konjunkturprognose unterliegt insbesondere zwei Risiken: Erstens wird angenommen, dass nicht ein weiterer Höhenflug der Rohölpreise der Konjunkturerholung ein Ende setzt. Zweitens wird unterstellt, dass sich der Exportboom wie in der Vergangenheit auf die inländischen Investitionen und den privaten Konsum überträgt. Da dieser Prozess üblicherweise verzögert erfolgt, ist er in den verfügbaren Daten noch nicht zu erkennen. Die Unternehmen könnten ihre Reserven verbessern oder in anderen Ländern mit niedrigeren Kosten oder höheren Absatzchancen investieren, und die privaten Haushalte könnten wegen steigender sozialer Risiken größere Anschaffungen vermeiden.

## Übersicht 3: Entwicklung der Bruttowertschöpfung

Zu Herstellungspreisen

	2002	2003	2004	2005	2002	2003	2004	2005
	Mrd. €				Veränderung gegen das Vorjahr in %			
<i>Real (zu Preisen von 1995)</i>								
Land- und Forstwirtschaft	4,68	4,46	4,48	4,48	+ 5,7	- 4,8	+ 0,5	± 0,0
Sachgütererzeugung und Bergbau <sup>1)</sup>	40,81	40,74	42,58	44,28	+ 0,5	- 0,2	+ 4,5	+ 4,0
Energie- und Wasserversorgung	5,85	5,97	6,03	6,15	+ 5,3	+ 2,0	+ 1,0	+ 2,0
Bauwesen	13,48	13,87	13,97	14,21	- 0,5	+ 2,9	+ 0,7	+ 1,7
Handel <sup>2)</sup>	24,78	25,11	25,44	26,07	+ 1,2	+ 1,3	+ 1,3	+ 2,5
Beherbergungs- und Gaststättenwesen	7,42	7,57	7,69	7,92	+ 2,4	+ 2,0	+ 1,6	+ 3,0
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	14,49	14,65	14,87	15,14	+ 1,5	+ 1,2	+ 1,5	+ 1,8
Kreditinstitute und Versicherungen	13,64	13,45	13,65	13,78	+ 0,1	- 1,4	+ 1,5	+ 1,0
Grundstücks- und Wohnungswesen <sup>3)</sup>	29,59	30,03	30,87	31,89	+ 2,1	+ 1,5	+ 2,8	+ 3,3
Öffentliche Verwaltung <sup>4)</sup>	10,76	10,74	10,63	10,60	- 0,4	- 0,2	- 1,0	- 0,3
Sonstige Dienstleistungen	25,48	25,85	26,19	26,71	+ 1,2	+ 1,4	+ 1,3	+ 2,0
Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche <sup>5)</sup>	190,99	192,44	196,39	201,24	+ 1,2	+ 0,8	+ 2,1	+ 2,5
Bruttoinlandsprodukt	201,17	202,51	206,43	211,58	+ 1,4	+ 0,7	+ 1,9	+ 2,5

1) Einschließlich Gewinnung von Steinen und Erden. – 2) Einschließlich Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern. – 3) Einschließlich Vermietung beweglicher Sachen und Erbringung von unternehmensbezogenen Dienstleistungen. – 4) Einschließlich Landesverteidigung und Sozialversicherung. – 5) Vor Abzug der unterstellten Bankgebühr und der Gütersubventionen und vor Zurechnung der Gütersteuern.

Die Reaktion der Exporte auf den internationalen Konjunkturaufschwung dauerte wegen des Euro-Kursanstiegs länger als üblich. Jetzt hat der Exportboom jedoch voll eingesetzt: Im 1. Halbjahr lieferten die österreichischen Unternehmen real um 9,7% mehr Waren ins Ausland als vor einem Jahr. Die Exporte in Drittländer (insbesondere USA, Südosteuropa) wurden kräftig gesteigert, aber auch die Ausfuhr in den Euro-Raum hat sich erholt. Überdurchschnittlich ausgeweitet wurden die Lieferungen von Maschinen und Fahrzeugen. Österreich profitiert insbesondere von der engen Zulieferverflechtung mit der deutschen Exportindustrie, die sich deutlich im Aufwind befindet. Die Importpreise steigen aufgrund der Hausse auf den internationalen Rohstoffmärkten kräftig, die Terms-of-Trade verschlechtern sich 2004 um etwa 1%. Dennoch dürfte sich das Leistungsbilanzdefizit heuer leicht von 0,9% auf 0,7% des BIP verringern. Die Lohnstückkosten gehen in der Sachgütererzeugung 2004 zurück, die relative Lohnstückkostenposition Österreichs verbessert sich in einheitlicher Währung (im Gegensatz zu 2003). Der Überschuss in der Reiseverkehrsbilanz erhöht sich heuer leicht, die Deviseneinnahmen steigen real um 1½%. Dazu trägt vor allem der florierende Städtetourismus bei.

## Hohe Exportdynamik

Der heimische Warenexport expandiert heuer real um 8¼%. Die Unternehmen profitieren besonders von der Erholung der deutschen Exportindustrie. Trotz der kräftigen Erhöhung der Importpreise verbessert sich 2004 die Leistungsbilanz. Im kommenden Jahr werden dank der Erholung der Binnen nachfrage die Importe real etwas stärker steigen als die Exporte.

## Übersicht 4: Produktivität

	2000	2001	2002	2003	2004	2005
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
<i>Gesamtwirtschaft</i>						
Bruttoinlandsprodukt, real	+ 3,4	+ 0,8	+ 1,4	+ 0,7	+ 1,9	+ 2,5
Erwerbstätige <sup>1)</sup>	+ 0,8	+ 0,6	- 0,2	- 0,1	+ 0,5	+ 0,9
Vollzeitäquivalent	+ 1,0	+ 0,6	- 0,0	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,7
Produktivität (BIP je Erwerbstätigen)	+ 2,6	+ 0,1	+ 1,6	+ 0,8	+ 1,4	+ 1,6
Vollzeitäquivalent	+ 2,4	+ 0,1	+ 1,4	+ 0,5	+ 1,7	+ 1,8
<i>Sachgütererzeugung</i>						
Produktion <sup>2)</sup>	+ 6,5	+ 1,4	+ 0,5	- 0,2	+ 4,5	+ 4,0
Beschäftigte <sup>3)</sup>	+ 0,0	+ 0,2	- 2,5	- 1,7	- 0,5	± 0,0
Stundenproduktivität <sup>4)</sup>	+ 6,6	+ 1,6	+ 3,6	+ 1,3	+ 4,8	+ 3,8
Geleistete Arbeitszeit je Beschäftigten <sup>5)</sup>	- 0,1	- 0,4	- 0,5	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2

1) Unselbständige (Beschäftigungsverhältnisse) und Selbständige laut Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung. – 2) Nettoproduktionswert, real. – 3) Laut Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. – 4) Produktion je geleistete Beschäftigtenstunde. – 5) Laut Konjunkturerhebung von Statistik Austria.

Im Jahr 2005 dürfte sich die Dynamik des Welthandels abschwächen. Das Wachstum der österreichischen Ausfuhr wird sich real von 8,3% auf 6,8% verringern. Dank der stärkeren Binnennachfrage wird sich das Leistungsbilanzdefizit von 1,6 Mrd. € auf 1,9 Mrd. € erhöhen.

**Belebung der Investitionstätigkeit zu erwarten**

Die Steigerung der Exporte lässt gewöhnlich mit einer gewissen Verzögerung über eine Zunahme der Gewinne und der Auslastung die Investitionen anziehen. In der Vergangenheit wuchsen die Investitionen in einem kräftigen Konjunkturaufschwung mit zweistelligen Raten. Im 1. Halbjahr wurden die realen Ausrüstungsinvestitionen saisonbereinigt kaum ausgeweitet, das Vorjahresniveau übertrafen sie um nur 3%. Allerdings waren aus steuerlichen Gründen Investitionen in Fahrzeuge, aber auch Maschinen ins Jahr 2003 vorgezogen worden.

Die Reaktion der Investitionstätigkeit auf den Exportboom wird das Tempo des weiteren Aufschwungs maßgeblich bestimmen. Die Ergebnisse des WIFO-Investitionstests lassen einen Anstieg erwarten. Das WIFO geht in seiner Prognose davon aus, dass die Ausrüstungsinvestitionen heuer um 4% und im kommenden Jahr um 5½% zunehmen. Wie sich die Ausweitung auf die Jahre 2004 und 2005 verteilt, ist jedoch schwierig zu prognostizieren, weil vor dem voraussichtlichen Auslaufen der Investitionszuwachsprämie Ende 2004 weitere Vorzieheffekte zu erwarten sind (ursprünglich war die Investitionszuwachsprämie mit Ende 2003 befristet). Die zusätzlichen Nettogewinne aus dem Exportgeschäft, der Investitionszuwachsprämie sowie der Körperschaft- und Einkommensteuersenkung sollten jedenfalls die Investitionstätigkeit anregen. Ob auch die Kapazitäten hinreichend ausgelastet sein werden, um die Investitionen zu stimulieren, hängt entscheidend von der Dauer des Exportbooms ab.

Übersicht 5: Entwicklung der Nachfrage

	2002	2003	2004	2005	2002	2003	2004	2005
	Mrd. €				Veränderung gegen das Vorjahr in %			
<i>Real (zu Preisen von 1995)</i>								
Konsumausgaben insgesamt	149,45	151,36	153,38	156,28	+ 0,6	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,9
Private Haushalte <sup>1)</sup>	112,80	114,29	116,12	119,02	+ 0,8	+ 1,3	+ 1,6	+ 2,5
Staat	36,66	37,07	37,25	37,25	+ 0,1	+ 1,1	+ 0,5	± 0,0
Bruttoinvestitionen	45,46	48,25	48,23	50,41	- 3,3	+ 6,1	- 0,0	+ 4,5
Bruttoanlageinvestitionen	44,80	47,17	48,22	49,90	- 2,8	+ 5,3	+ 2,2	+ 3,5
Ausrüstungen <sup>2)</sup>	20,23	21,79	22,66	23,91	- 5,2	+ 7,7	+ 4,0	+ 5,5
Bauten	24,57	25,38	25,55	25,99	- 0,7	+ 3,3	+ 0,7	+ 1,7
Vorratsveränderung <sup>3)</sup>	0,66	1,08	0,01	0,51				
Statistische Differenz	0,03	- 0,31	0,00	0,00				
Inländische Verwendung	194,94	199,30	201,60	206,68	+ 0,0	+ 2,2	+ 1,2	+ 2,5
Exporte	111,19	113,23	120,04	127,50	+ 3,7	+ 1,8	+ 6,0	+ 6,2
Reiseverkehr	10,54	10,63	10,79	11,19	+ 1,9	+ 0,9	+ 1,5	+ 3,7
Minus Importe	104,96	110,01	115,22	122,61	+ 1,2	+ 4,8	+ 4,7	+ 6,4
Reiseverkehr	8,08	8,15	8,18	8,40	- 4,0	+ 0,8	+ 0,4	+ 2,7
Bruttoinlandsprodukt	201,17	202,51	206,43	211,58	+ 1,4	+ 0,7	+ 1,9	+ 2,5
Nominell	218,33	223,96	231,28	241,23	+ 2,7	+ 2,6	+ 3,3	+ 4,3

<sup>1)</sup> Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – <sup>2)</sup> Einschließlich immaterieller Anlagen, sonstiger Ausrüstungen, Nutztiere und Nutzpflanzungen. – <sup>3)</sup> Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.

Insbesondere die Erhöhung des Haftungsrahmens ermöglichte es, trotz angespannter Lage der öffentlichen Haushalte mehr Bauprojekte durchzuführen. Wegen der forcierten Infrastrukturaufträge und vor dem Auslaufen der vorzeitigen Abschreibung wurden Bauinvestitionen stärker als erwartet in das Jahr 2003 vorgezogen. Im 1. Halbjahr 2004 waren die Bauinvestitionen viel schwächer als angenommen, sie stagnierten in realer Rechnung. Im Wohnbau und im Tiefbau wurde ein leichter realer Zuwachs verzeichnet, der sonstige Hochbau (Bürobau) war jedoch rückläufig. Da Bürokapazitäten teilweise leerstehen, wurde der Neubau gedrosselt.

Im Durchschnitt der Jahre 2003 und 2004 wächst die Bauproduktion um 2% pro Jahr. Im Jahr 2003 trug ihre Expansion wesentlich zur Stabilisierung der Konjunktur bei, heuer bleibt sie hingegen verhalten. Die Bauprognose für 2004 wird deshalb auf +0,7% zurückgenommen. Für das Jahr 2005 wird eine Steigerung um 1,7% erwartet. Der Rückgang der Baubewilligungen für geförderte Wohnungen deutet auf eine

Abschwächung im Wohnbau hin. Andererseits dürfte die günstigere Investitionskonjunktur den Industriebau anregen. Die Auftragslage im Schienen- und Straßenbau ist weiterhin gut, der Rückgang der Baubeschäftigung verlangsamt sich.

Die privaten Haushalte blieben in ihrem Konsumverhalten angesichts stagnierender Realeinkommen und verstärkter privater Altersvorsorge vorsichtig. Im 1. Halbjahr stieg das Einzelhandelsvolumen um nur ½%. Günstiger entwickelten sich die Pkw-Neuzulassungen und die Dienstleistungen. Der private Konsum wird im Jahresdurchschnitt 2004 um 1,6% zunehmen. Die Sparquote sinkt trotz der schwachen Einkommensentwicklung und des "Zwangskonsums" der Energieverteuerung nicht.

## Steuersenkung stärkt 2005 den privaten Konsum

*Für den Konjunkturverlauf wird im kommenden Jahr wesentlich sein, wieweit die Konsumneigung der privaten Haushalte zunimmt. Die Lohn- und Einkommensteuersenkung wird einen wichtigen Beitrag leisten, die Kaufkraft zu erhöhen.*

### Übersicht 6: Konsum, Einkommen und Preise

	2000	2001	2002	2003	2004	2005
	Veränderung gegen das Vorjahr in %, real					
Private Konsumausgaben <sup>1)</sup>	+ 3,3	+ 1,4	+ 0,8	+ 1,3	+ 1,6	+ 2,5
Dauerhafte Konsumgüter	+ 3,9	+ 1,8	+ 3,6	+ 0,8	+ 3,5	+ 5,5
Nichtdauerhafte Konsumgüter und Dienstleistungen	+ 3,2	+ 1,3	+ 0,4	+ 1,4	+ 1,3	+ 2,0
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	+ 3,3	+ 0,4	+ 1,8	+ 1,4	+ 1,5	+ 2,9
	In % des verfügbaren Einkommens					
Sparquote der privaten Haushalte <sup>2)</sup>	8,4	7,5	8,2	8,4	8,4	8,9
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Direktkredite an inländische Nichtbanken (Jahresendstände)	+ 6,7	+ 3,5	+ 1,2	+ 1,6	+ 4,6	+ 5,4
	In %					
Inflationsrate						
National	2,3	2,7	1,8	1,3	2,1	2,0
Harmonisiert	2,0	2,3	1,7	1,3	2,1	1,9
Kerninflation <sup>3)</sup>	0,9	2,3	2,0	1,3	1,7	1,6

<sup>1)</sup> Private Haushalte einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – <sup>2)</sup> Einschließlich Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche. – <sup>3)</sup> Ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel (Fleisch, Fisch, Obst, Gemüse).

2005 lassen die Lohn- und Einkommensteuersenkung sowie die erwartete Beschäftigungssteigerung die verfügbaren Nettoeinkommen der privaten Haushalte kräftig steigen: Die Pro-Kopf-Einkommen je Arbeitnehmer dürften netto real um 2% wachsen, die Beschäftigung um fast 1%. Der private Konsum dürfte um 2½% ausgeweitet werden. Im Jahr einer Steuerreform erhöht sich die Sparquote gewöhnlich, weil die zusätzlichen Nettoeinkommen zum Teil erst mit Verzögerung ausgegeben werden. Die Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern wird 2005 beträchtlich gesteigert werden; allerdings wird der überwiegende Teil dieses zusätzlichen Konsums importiert.

Die Preisentwicklung steht im Zeichen der Rohölverteuerung – der Rohölpreis erreicht immer neue Höchstwerte. Der Anstieg ist jedoch viel weniger rasant als zur Zeit der Erdölpreisschocks. Damals verdreifachten sich die Erdölpreise, heuer sind sie um rund ein Drittel höher als vor einem Jahr.

Der Preis der Rohölsorte Brent überstieg in den letzten Wochen die 45-\$-Marke. Benzin und Dieseltreibstoff waren im August um 15% teurer als ein Jahr zuvor. Die Inflationsrate erreichte 2,4%, davon gingen 0,5 Prozentpunkte auf die Energieverteuerung zurück. Die Rohölverteuerung hat allerdings noch nicht voll auf die Verbraucherpreise durchgeschlagen, Preiserhöhungen für Gas und Strom sowie für Industrieprodukte mit hohem Energieeinsatz stehen noch aus. Zugleich mit der Rohölverteuerung zogen auch die Notierungen anderer Roh- und Halbwaren (z. B. Stahl) mit der weltweiten Konjunkturbelebung kräftig an. Der Großhandelspreisindex, der auch diese Produkte enthält, lag im August um 6,3% über dem Vorjahresniveau.

## Rohölverteuerung heizt Inflation an

Die Inflationsrate hat sich auf der Verbraucherebene seit Jahresbeginn mehr als verdoppelt: von 1,1% im Jänner auf 2,4% im August; deutlich billiger wurden nur Computer und Digitalkameras. Die Prognose der Inflationsrate für 2004 wird vor diesem Hintergrund von 1,9% auf 2,1% angehoben. 2005 ist mit keiner spürbaren Verringerung der Teuerungsrate zu rechnen, weil sich die Effekte der Rohölpreisteigerung mit Verzögerung im Verbraucherpreisindex niederschlagen werden (der direkte Beitrag der Erdölpreise zur Inflation fällt jedoch weitgehend weg).

Übersicht 7: Löhne, Wettbewerbsfähigkeit

	2000	2001	2002	2003	2004	2005
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Bruttoverdienste pro Kopf <sup>1)</sup>	+ 2,5	+ 1,4	+ 2,2	+ 2,3	+ 2,4	+ 2,8
Vollzeitäquivalent	+ 2,6	+ 1,4	+ 2,1	+ 2,5	+ 2,9	+ 3,2
Realeinkommen pro Kopf <sup>1)</sup>						
Brutto	+ 1,0	- 0,8	+ 1,0	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,8
Netto	+ 1,6	- 1,1	+ 0,8	+ 0,2	+ 0,6	+ 2,0
Nettomasseneinkommen, nominell	+ 4,5	+ 2,1	+ 2,5	+ 2,7	+ 2,6	+ 4,2
Gesamtwirtschaft						
Lohnstückkosten	- 0,5	+ 1,3	+ 0,7	+ 1,5	+ 0,9	+ 1,2
Sachgütererzeugung						
Lohnstückkosten	- 5,0	+ 1,6	- 0,7	+ 0,3	- 2,5	- 1,3
Relative Lohnstückkosten <sup>2)</sup>						
Gegenüber dem Durchschnitt der Handelspartner	- 6,0	- 0,4	- 0,7	+ 2,0	- 2,4	- 2,0
Gegenüber Deutschland	- 2,3	- 0,1	- 0,5	+ 0,2	- 2,9	- 1,8
Effektiver Wechselkursindex Industriewaren						
Nominell	- 2,7	+ 0,9	+ 1,3	+ 3,7	+ 0,8	+ 0,2
Real	- 3,3	+ 0,5	+ 0,8	+ 2,9	+ 1,0	+ 0,7

<sup>1)</sup> Je Beschäftigungsverhältnis (laut VGR). - <sup>2)</sup> In der Sachgütererzeugung, in einheitlicher Währung; Minus bedeutet Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit.

Die Tariflöhne liegen 2004 um 2% über dem Niveau des Vorjahres; die Zunahme der Effektivverdienste pro Kopf ist höher, weil die durchschnittliche Arbeitszeit im Gefolge des Konjunkturaufschwungs ausgeweitet wird. Der Anstieg der Inflation bedeutet, dass die Bruttorealeinkommen heuer nahezu stagnieren. 2005 werden die Nettorealeinkommen je Arbeitnehmer dank der Steuerreform um 2% zunehmen und damit zusätzliche Kaufkraft für eine Konsumausweitung liefern.

**Steigende Beschäftigung**

Die Verbesserung der Wirtschaftslage bewirkt einen Anstieg der Beschäftigung, der sich nicht nur auf Teilzeitsstellen beschränkt. Die Zahl der Arbeitslosen dürfte sich jedoch wenig verändern, weil auch das Angebot an Arbeitskräften ausgeweitet wird. Vom Konjunkturaufschwung wird der Arbeitsmarkt erst dann voll erfasst werden, wenn auch der private Konsum anzieht und die Beschäftigung im Dienstleistungssektor stärker expandiert.

Die Nachfrage nach Arbeitskräften reagierte auf die Wachstumsbeschleunigung relativ rasch. Heuer nimmt die Zahl der unselbständig aktiv Beschäftigten um 17.500 zu (+0,6%). Der Anstieg der Beschäftigung konzentriert sich zwar auf typische Teilzeitanforderungen (Handel, Tourismus, Gesundheitswesen, Wirtschaftsdienste), aber auch in der Sachgütererzeugung und der Bauwirtschaft werden die Rückgänge kleiner. Überdies wird nicht nur die Beschäftigung von Frauen ausgeweitet, sondern auch die der Männer. Allerdings sind die Beschäftigungszahlen durch die Einbeziehung der Arbeitskräfte in Altersteilzeit überhöht: Im zweiten Teil der geblockten Altersteilzeit stehen die Betroffenen nicht mehr im aktiven Erwerbsleben.

Die Arbeitslosigkeit scheint im Sommer ihren konjunkturellen Höhepunkt erreicht zu haben, sie überstieg das Vorjahresniveau nur noch geringfügig. Im Jahresdurchschnitt wird die Arbeitslosenquote (laut Eurostat) bei 4,2% liegen (nach 4,1% 2003<sup>1)</sup>).

Für das Jahr 2005 wird infolge der Wachstumsbeschleunigung mit einem Beschäftigungszuwachs um 28.000 (+0,9%) gerechnet. Der überwiegende Teil davon entfällt auf ausländische Arbeitskräfte. Die Zahl der Arbeitslosen laut AMS-Definition dürfte um 4.000 auf 240.000 zurückgehen, die Arbeitslosenquote würde damit unter die 7%-Marke sinken. Die Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen lässt sich jedoch schwer prognostizieren, weil sie durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen (Schulungen, Bezug

<sup>1)</sup> Eurostat hat die Arbeitslosenquote der letzten drei Jahre um etwa 0,3 Prozentpunkte nach unten revidiert. Die bevorstehende Datenrevision im Rahmen der EU-Arbeitskräfteerhebung wird die Arbeitslosenquote anheben und die Beschäftigungsquote senken.

von Pensionsvorschuss und Übergangsgeld für ältere Arbeitslose usw.) stark beeinflusst werden kann.

### Übersicht 8: Arbeitsmarkt

	2000	2001	2002	2003	2004	2005
	Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000					
<b>Nachfrage nach Arbeitskräften</b>						
Aktiv Erwerbstätige <sup>1)</sup>	+ 30,1	+ 13,9	- 11,6	+ 8,5	+ 20,7	+ 31,5
Unselbständig aktiv Beschäftigte <sup>1)2)</sup>	+ 28,2	+ 12,4	- 15,0	+ 5,5	+ 17,5	+ 28,1
Veränderung gegen das Vorjahr	in %					
Inländer	+ 0,9	+ 0,4	- 0,5	+ 0,2	+ 0,6	+ 0,9
Ausländische Arbeitskräfte	+ 14,8	+ 3,0	- 20,1	- 10,4	+ 4,5	+ 7,0
Selbständige <sup>3)</sup>	+ 13,4	+ 9,5	+ 5,1	+ 15,9	+ 13,0	+ 21,1
	+ 1,9	+ 1,5	+ 3,4	+ 3,0	+ 3,2	+ 3,4
<b>Angebot an Arbeitskräften</b>						
Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter						
15- bis 64-Jährige	+ 27,0	+ 27,5	+ 27,0	+ 29,1	+ 11,7	- 4,0
15- bis 59-Jährige	- 16,5	- 13,8	- 1,2	+ 12,3	+ 14,3	+ 26,3
Erwerbspersonen <sup>4)</sup>	+ 2,7	+ 23,5	+ 17,0	+ 16,1	+ 24,6	+ 27,5
<b>Überschuss an Arbeitskräften</b>						
Vorgemerkte Arbeitslose <sup>5)</sup>	- 27,4	+ 9,6	+ 28,5	+ 7,7	+ 3,9	- 4,0
Stand	in 1.000	194,3	203,9	232,4	240,1	240,0
<b>Arbeitslosenquote</b>						
In % der Erwerbspersonen <sup>6)</sup>	3,7	3,6	4,2	4,1	4,2	4,1
In % der Erwerbspersonen <sup>5)</sup>	5,3	5,5	6,2	6,3	6,4	6,2
In % der unselbständigen Erwerbspersonen <sup>5)</sup>	5,8	6,1	6,9	7,0	7,1	6,9
<b>Beschäftigungsquote</b>						
Aktiv Erwerbstätige <sup>1)7)</sup>	63,3	63,3	62,8	62,6	62,8	63,4
Erwerbstätige <sup>6)7)</sup>	68,5	68,5	69,2	69,2	69,4	69,6

1) Ohne Bezug von Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeld, ohne Präsenzdienst, ohne in der Beschäftigungsstatistik erfasste arbeitslose Schulungsteilnehmer. – 2) Laut Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. – 3) Laut WIFO. – 4) Aktiv Erwerbstätige plus Arbeitslose. – 5) Laut Arbeitsmarktservice. – 6) Laut Eurostat (Labour Force Survey). – 7) In % der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15- bis 64-Jährige).

Der Saldo des Gesamtstaates wird heuer laut Maastricht-Definition -1,3% des BIP betragen; angestrebt wurde ein Defizit von 0,7% des BIP. Dies geht insbesondere auf geringere Steuereinnahmen zurück. Entscheidend sind die Ausfälle an Einkommen- und Körperschaftsteuer durch die Investitionszuwachsprämie: Sie werden rund 700 Mio. € erreichen (Voranschlag 150 Mio. €). Zum Teil zogen die Unternehmen Fahrzeuginvestitionen vor, wie die hohe Zahl der Lkw-Neuzulassungen zeigt. Dies lag in der Absicht der antizyklischen Maßnahme. Allerdings wurden die Fahrzeuge und Maschinen größtenteils importiert, der Einfluss auf das BIP war begrenzt. Neugegründete Unternehmen können 10% der gesamten Investitionen in Maschinen und Fahrzeuge als Zuwachsprämie lukrieren.

Im 1. Halbjahr 2004 blieben auch die Mehrwertsteuereinnahmen unter den Erwartungen; die Ausfälle werden auf 600 Mio. € geschätzt. Laut WIFO-Prognose könnten diese Mindereinnahmen jedoch über das gesamte Jahr 2004 geringer ausfallen, weil der private Konsum nach der geringen Steigerung im 1. Halbjahr im 2. Halbjahr kräftig anziehen dürfte. Das resultiert allein daraus, dass der Konsum im 1. Halbjahr 2003 ungewöhnlich hoch, im 2. Halbjahr sehr niedrig war.

Größer als erwartet sind die Einnahmen aus der Mineralölsteuer. Dies geht nicht auf die Treibstoffverteuerung zurück, da die Mineralölsteuer eine Mengensteuer ist. Der Hauptgrund dürfte im Tanktourismus liegen: Wenn Benzin und Dieseltreibstoff besonders teuer sind, werden die Preisunterschiede zwischen den Ländern stärker genutzt. In Österreich sind Treibstoffe wegen geringerer Steuerbelastung deutlich billiger als in Deutschland und Italien.

Die günstigere Konjunkturlage entlastet den Staatshaushalt heuer kaum, weil sie in erster Linie auf einer Ausweitung der Exporte beruht, die nicht der Mehrwertsteuer unterliegen und relativ geringe direkte Beschäftigungseffekte haben. Die Anhebung der Konjunkturprognose schlägt sich also auf der Einnahmenseite des Staates kaum nieder, auch die Zahlungen an Arbeitslose bleiben unverändert.

## Hohe Steuerausfälle

2004 ergeben sich gegenüber dem Voranschlag erhebliche Steuerausfälle, die den Maastricht-Saldo auf -1,3% des BIP steigen lassen. Im Jahr 2005 wird das Defizit des Staates infolge der Steuerreform der 2%-Marke nahe kommen.

Übersicht 9: Wirtschaftspolitische Bestimmungsfaktoren

	2000	2001	2002	2003	2004	2005
	In % des BIP					
<i>Budgetpolitik</i>						
Finanzierungssaldo des Staates						
Laut Maastricht-Definition <sup>1)</sup>	- 1,5	+ 0,3	- 0,2	- 1,1	- 1,3	- 1,9
Laut VGR	- 1,7	+ 0,1	- 0,4	- 1,3	- 1,4	- 2,0
Primärsaldo des Staates laut VGR	+ 2,2	+ 3,8	+ 3,1	+ 1,9	+ 1,8	+ 1,2
	In %					
<i>Geldpolitik</i>						
Dreimonatszinssatz	4,4	4,3	3,3	2,3	2,1	2,1
Sekundärmarktrendite <sup>2)</sup>	5,6	5,1	5,0	4,2	4,2	4,3
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
<i>Effektiver Wechselkursindex</i>						
Nominell	- 2,5	+ 1,0	+ 1,4	+ 3,8	+ 0,9	+ 0,3
Real	- 3,4	+ 0,3	+ 0,6	+ 2,8	+ 0,9	+ 0,7

<sup>1)</sup> Einschließlich Zinsströme aus Swap-Vereinbarungen, die der Staat abschließt. – <sup>2)</sup> Bundesanleihen mit einer Laufzeit von zehn Jahren (Benchmark).

Im Jahr 2005 tritt der Hauptteil der Steuerreform in Kraft. Sie bringt Steuersenkungen im Ausmaß von 1,5 Mrd. €, die den Finanzierungssaldo des Staates um etwa ¾% des BIP verschlechtern. Das Defizit der öffentlichen Haushalte wird 2005 nur dann unter der 2%-Marke bleiben, wenn die Steuersenkungen teilweise durch Einmalmaßnahmen (z. B. Sonderdividenden) aufgefangen werden. Die positiven Wirkungen der Steuerreform schlagen sich im Wirtschaftswachstum nieder, es wird in Österreich 2005 mit 2½% höher ausfallen als im gesamten Euro-Raum (+2,3%).